

Welt Trends

Das außenpolitische Journal

Südliches Afrika **Stagnation statt Aufbruch?**

Südafrika in der Falle
Wandel in Angola?
Simbabwe nach Mugabe
Wachsender Autoritarismus

WeltBlick

Imran Khan und Pakistan
Globalisierte Schmuggler

Reportage

Schmelztiegel Lemberg

Kommentar

Aus dem Café Größenwahn

ISSN 0944-8101 | 4,80 €
ISBN 978-3-945878-97-2



4

WeltBlick

- 4 Imran Khans Wahlsieg in Pakistan
Shamail Shahid Qureshi
- 10 Algerien: Rente blockiert Kapitalismus!
Hartmut Elsenhans



16

Brief aus ...

Braşov, Rumänien

18

Sternstunde der Demokratie

Ein Kommentar von Petra Erler



21

Neues aus dem Institut

22

Thema: Stagnation statt Aufbruch?

- 24 Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika
Roger Southall
- 30 Nach Mugabe – Simbabwe leidet weiter
Rita Schäfer
- 36 Autoritäre Politik, wachsende Ungleichheit
Patience Mususa
- 41 Südafrika schlittert in die Krise
Robert Kappel
- 46 Angola zwischen Wandel und Konsolidierung
Jon Schubert





Reportage: Schmelztiegel Lemberg

54

Matthias Krauß

Nachruf auf Uri Avnery

58

Angelika Timm



Bücherschau

62

Von Arroganz und Beben

Brief an die Redaktion

68

Impressum

69



Botschaften aus dem Café Größenwahn

70

Ein Kommentar von Erhard Crome

Wort und Strich

72

Botschaften aus dem Café Größenwahn

Erhard Crome

Der letzte bundesdeutsche Außenminister der Christdemokraten hieß Gerhard Schröder – nicht zu verwechseln mit dem späteren SPD-Bundeskanzler. Für das Auswärtige zuständig war er von 1961 bis 1966. Seither kamen Außenminister von FDP, Grünen und SPD, zuletzt Frank-Walter Steinmeier, Sigmar Gabriel und nun Heiko Maas. In der Kanzlerschaft Angela Merkels folgte daraus zweierlei: Das Kanzleramt zog immer mehr außenpolitische Themen an sich, vor allem EU-Politik und Beziehungen zu den USA; die Außenminister mühten sich, auf den verbleibenden Feldern Profil herauszustellen. Steinmeier und Gabriel versuchten es mit Eintreten für bessere Beziehungen zu Russland. Wahrscheinlich musste Gabriel schon deshalb gehen.

Maas erweist sich als Russlandverteufler und versucht es mit einer Standortbeschreibung, die Deutschland und die EU stärker gegenüber der Außenpolitik Donald Trumps positionieren will. Bereits in seiner Europa-Rede im Juni tönnte er – vorsichtshalber in eine Frage gekleidet – die EU-Fahne werde anstelle der Stars and Stripes der USA „das neue Banner der freien Welt“. Im August verkündete er „eine balancierte transatlantische Partnerschaft“; „wir“, das heißt nicht nur Deutschland, auch die EU, müssten „unseren ausgewogenen Teil der Verantwortung“ übernehmen und „ein Gegengewicht bilden, wo die USA rote Linien überschreiten“. Wie das gehen soll und welche „roten Linien“ gemeint sind, erklärte er nicht. Das Portal *Politico* kommentierte dies am 22. August unter der Überschrift: „Merkel kassiert des Außenministers (anti-)amerikanischen Traum“, und zitierte die Kanzlerin mit den Worten, dies sei „eine persönliche Meinungsäußerung“, die mit ihr zuvor nicht besprochen wurde. Dessen ungeachtet hat Maas in seiner Eröffnungsrede am 27. August zur diesjährigen Botschafterkonferenz im Auswärtigen Amt diese Position bekräftigt. Zunächst hat er erneut europäische „Verantwortung“ beschworen und damit die Erhöhung der Rüstungsausgaben gemeint. Die Zwei-Prozent-Marke hat er nicht ausdrücklich aufgerufen, aber eine „Wende bei den Verteidigungsausgaben“ beschworen. Der im Haushalt eines deutschen Berufssoldaten Aufgewachsene bekundet so seine Affinität zu deutscher Militärmacht – und vollzieht zugleich einen Bruch mit bisherigen Positionen der SPD, die 2017 noch gegen die zwei Prozent in den Bundestagswahlkampf gezogen war.

Mit den USA will Maas zum „Gespräch unter Partnern“ zurückkehren und zugleich dort „widersprechen oder eigene Alternativen verfolgen“, wo diese deutsche „Werte und Interessen“ ignorieren. Dabei weiß er natürlich, dass die Bundesrepublik Deutschland keine Weltmacht ist, eher eine Mittelmacht. Nur wenn sich Deutschland auf das Potenzial der ganzen EU stützen kann, erscheint diese als Faktor von internationalem Gewicht. Deshalb soll nach Maas die EU „ein souveränes Europa“ sein und zu einer „tragenden Säule der internationalen Ordnung“ werden. Das mit der Säule gilt gewiss für die Welthandelsordnung. Darüber hinaus machen die EU-Länder, insbesondere die großen, ihre jeweils eigene Außenpolitik, Hohe Vertreterin hin oder her.

Souveränität bedarf der Staatlichkeit. Das sollte der studierte Jurist wissen. Die EU ist bei aller Vergemeinschaftung in Wirtschaft und Handel nach wie vor ein Staatenbündnis, kein Bundesstaat. Wenn Deutschland weltpolitisch eine Rolle spielen und dazu seine faktische Hegemonialposition in der EU ausbauen will, braucht es die Zustimmung der Partner. Mit der Austeritätspolitik gegen die „Schuldnerländer“, vor allem Griechenland, und der unilateralen Flüchtlingspolitik hat die Merkel-Regierung bewiesen, dass man sich im Zweifelsfalle über die Interessen der anderen EU-Länder hinwegsetzt. Ein internationales Gewicht der EU hängt von der Fähigkeit auch Deutschlands ab, in Netzwerken zu denken und zu handeln, innerhalb der Union kompromiss- und konsensfähig zu sein.

Mit einem „souveränem Europa“ beschwört Minister Maas eine weltpolitische Voraussetzung, die nicht existiert und mindestens für Jahrzehnte nicht existieren wird. Den USA auf Augenhöhe Paroli bieten zu wollen, stellt zugleich ein irreales Ziel dar. Wir haben es mit außenpolitischen Ideen aus dem „Café Größenwahn“ zu tun. Die wurden aber den deutschen Botschaftern als die außenpolitische Orientierung offeriert. 🌐

Dr. habil. Erhard Crome

geb. 1951, Politikwissenschaftler und Historiker, Direktor des WeltTrends-Institut für Internationale Politik

crome.institut@welttrends.de

